

Wissmann, Matthias; Knipper, Michael; Tillmann, Utz; Mittelbach, Klaus; Wiechers, Ralph

Article — Published Version

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2012

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wissmann, Matthias; Knipper, Michael; Tillmann, Utz; Mittelbach, Klaus; Wiechers, Ralph (2012) : Die Erwartungen der Wirtschaft für 2012, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613978X, Springer, Heidelberg, Vol. 92, Iss. 1, pp. 7-18, <https://doi.org/10.1007/s10273-012-1320-4>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/97672>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2012

Nach einem wirtschaftlich sehr positiven Jahr 2011, mussten die ökonomischen Prognosen für das Wachstum 2012 deutlich herabgesetzt werden. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für Deutschland nur noch ein Wachstum von 0,8%. Die Vertreter der einzelnen Industriezweige sind aber etwas optimistischer als die Prognosen für die Gesamtwirtschaft.

Matthias Wissmann

Wir erwarten ein stabiles Autojahr 2012, wenn die Finanzmärkte wieder Vertrauen fassen

2011 war ein starkes Autojahr. Die deutsche Automobilindustrie hat neue Rekordstände bei Export, Produktion und Umsatz erreicht. Der Pkw-Inlandsmarkt lag deutlich über dem Vorjahr – und die Zahl der Mitarbeiter konnte bei Herstellern und Zulieferern spürbar gesteigert werden. Die Bilanz ist also durchweg positiv.

Allerdings wird sich diese dynamische Entwicklung nicht linear für das kommende Jahr fortschreiben lassen. Wir erwarten mehr Gegenwind, 2012 wird ein hartes Arbeitsjahr. Aber insgesamt sind wir auch dieses Jahr zuversichtlich, sofern es gelingt, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Wir gehen etwas vom Gas, aber wir halten das Tempo.

Weltweit wird die Automobilnachfrage weiter wachsen. Und unsere Mitgliedsunternehmen werden alles daran setzen, um ihre gute Marktposition weiter auszubauen.

Neuzulassungen steigen auf über 3,1 Mio. Pkw

Der Pkw-Inlandsmarkt stieg im Gesamtjahr 2011 um rund 9% auf über 3,1 Mio. Einheiten. Damit haben die Neuzulassungen wieder das Niveau der Jahre 2007 und 2008 erreicht. Während sich vor allem der Absatz von Firmenwagen mit einem Plus von nahezu einem Fünftel sehr erfreulich entwickelte, verlief die Nachfrage der privaten Kunden seit einigen Monaten spürbar verhaltener (plus 2%). Die Ursache hierfür sehen wir in der Verunsicherung, die über die Turbulenzen an den Finanzmärkten und die Schuldenkrise in einigen Euroländern in den Markt getragen wird.

Und natürlich sind auch höhere Spritpreise wenig hilfreich. So sind die Kraftstoffkosten in den ersten elf Monaten des zurückliegenden Jahres nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 12% gestiegen. Bereits im Vorjahr war ein Anstieg um 11% zu verzeichnen.

Die Neuwagenpreise hingegen sind nahezu stabil. Wenn also der Autokostenindex, der die Kostenbelastung des Autofahrers misst und sowohl den Kaufpreis des Neuwagens als auch dessen Unterhalt abbildet, im zurückliegenden Jahr um mehr als 4% über dem Vorjahr lag, dann ist das fast ausschließlich auf die Verteuerung der Kraftstoffe zurückzuführen. Die deutsche Automobilindustrie hält mit neuen, kraftstoffeffizienten Autos dagegen. Dazu nur ein paar Stichworte:

Deutliche Fortschritte bei der CO₂-Minderung

Bei der Effizienzsteigerung kommt die deutsche Autoindustrie schneller voran als ihre Wettbewerber. Im November verzeichneten die deutschen Konzernmarken einen Rückgang des CO₂-Ausstoßes von 3,8% und erreichten damit einen durchschnittlichen CO₂-Wert von nur noch 143,4 g/km. Damit liegen sie erstmals auf dem Niveau der Importeure, deren neu zugelassene Fahrzeuge im Schnitt 143,0 g/km CO₂ (minus 2,7%) emittierten. Trotz des deutlich höheren Anteils in den oberen Fahrzeugsegmenten sind die deutschen Marken aufgrund ihrer effizienten Modelle jetzt beim CO₂-Ausstoß gleichauf mit ihren Wettbewerbern. Das ist ein eindrucksvoller Beleg für die technologische Kompetenz der deutschen Automobilindustrie und zeigt die herausragenden Fortschritte bei der Entwicklung und Produktion von Automobilen mit hoch effizienten und modernsten Verbrennungsmotoren. Der mittlere Kraftstoffverbrauch der Pkw deutscher Konzernmarken lag im November mit 5,8l/100 km sogar unter dem Verbrauch der Importeure (5,9l/100 km). Dieser Verbrauchsvorteil ist auf den höheren Dieselanteil bei deutschen Autos zurückzuführen.

Besonders eindrucksvoll sind die CO₂-Fortschritte bei den Firmenwagen deutscher Konzernmarken. In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres konnten die CO₂-Emissionen um 5,2% auf nur noch 147,8 g/km

gesenkt werden. Damit haben auch die deutschen Firmenwagen einen niedrigeren Emissionswert als die Firmenwagen der Importmarken (149,3 g/km). Offensichtlich legen die Flottenmanager beim Neuwagenkauf zunehmend Wert auf kraftstoffeffiziente Fahrzeuge. So lag der CO₂-Ausstoß von Firmenwagen im Januar 2008 noch um knapp 10 g über dem privat zugelassener Pkw. Diese Differenz hat sich seitdem auf nur noch 1,1 g im November 2011 verringert.

Pkw-Export auf Rekordniveau

Der Pkw-Export war auch 2011 ein wesentlicher Pfeiler der deutschen Automobilindustrie. Die Nachfrage nach Autos „Made in Germany“ ist weltweit auf allen wichtigen Märkten lebhaft. Im Gesamtjahr verzeichneten wir ein Export-Rekordniveau von 4,5 Mio. Einheiten, ein Plus von 7% gegenüber dem Vorjahr (4,24 Mio. Pkw). Im Vergleich zum Krisenjahr 2009 hat sich damit die Pkw-Ausfuhr um rund ein Drittel erhöht.

Die Exportquote bei Personenkraftwagen liegt bei 77%. Damit finden drei von vier Autos, die in Deutschland produziert werden, ihre Käufer im Ausland. Es unterstreicht die Attraktivität unserer Produkte, dass die Exporte im bisherigen Jahresverlauf relativ unbeeinflusst von der Finanz- und Schuldenkrise sind.

Hinzu kommt, dass die deutsche Automobilindustrie – im Gegensatz zu manchen Wettbewerbern – global sehr gut aufgestellt ist. So geht weniger als ein Drittel (31%) unserer Pkw-Exporte in die Eurozone. Das „sonstige Europa“ – inklusive Türkei und Russland – steht für weitere 30% unserer Exporte. Die Ausfuhr in diese Region erhöhte sich im bisherigen Jahresverlauf um 9%. Jedes siebte Auto, das in Deutschland gebaut wird, wird nach Amerika verkauft, jedes achte nach China. Die Exportnachfrage nach deutschen Autos nahm auch in diesen beiden Märkten zu (+3% bzw. +23%).

Deutsche Hersteller gewinnen weltweit Marktanteile

Im bisherigen Jahresverlauf konnten die deutschen Hersteller ihre Marktanteile rund um den Globus ausbauen. Mit Ausnahme des Mercosur (Südamerika), wo sie ihren Marktanteil von gut einem Fünftel stabil hielten, wuchsen sie weltweit in allen wichtigen Automobilregionen schneller als der Markt. In China steigt der Absatz deutscher Konzernmarken mehr als doppelt so schnell wie der Gesamtabsatz. In diesem Jahr werden die deutschen Marken dort erstmals deutlich mehr als 2 Mio. Pkw absetzen, ihr Marktanteil beträgt rund ein Fünftel. In den USA – dort sind die deutschen Konzernmarken zuletzt mit plus 28% doppelt so schnell gewachsen wie der Gesamtmarkt –

kommt bereits jeder achte Pkw, der neu zugelassen wird, von deutschen Herstellern, in Russland jeder sechste, in Westeuropa jeder zweite.

2011 stieg der Absatz auf dem Weltautomobilmarkt auf gut 65 Mio. Einheiten. Jedes fünfte Auto, das weltweit verkauft wird, trägt ein deutsches Markenzeichen.

Deutlicher Anstieg der Beschäftigung

Das Wachstum bei Produktion, Export und Neuzulassungen wird von einem erfreulichen Anstieg der Beschäftigung begleitet. Derzeit hat die deutsche Automobilindustrie knapp 730 000 direkte Mitarbeiter, ein Plus von 23 600 Beschäftigten. Hinzu kommen über 60 000 Zeitarbeiter, deren Zahl sich noch einmal deutlich erhöhte. Aufgrund der guten Marktlage konnte ein Teil der Zeitarbeiter in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden.

Weltautomobilmarkt wächst

Die Perspektiven für das Automobiljahr 2012 sind, weltweit betrachtet, durchaus positiv. Außer Japan und Westeuropa weisen alle wichtigen Regionen positive Wachstumsraten auf. Für das Jahr 2012 erwarten wir – unter günstigen Umständen – einen Weltautomobilmarkt von 68 Mio. Einheiten und damit ein Wachstum von 4%.

Allerdings hängt vieles davon ab, wie sich Westeuropa entwickelt. Wir gehen derzeit davon aus, dass sich der Markt auf dem Niveau des Jahres 2011 (12,8 Mio. Einheiten) stabilisiert. Sollte die Lage an den Finanzmärkten angespannt bleiben, ist auch ein leichter Rückgang vorstellbar. Auch für diesen Fall haben unsere Unternehmen Vorkehrungen getroffen. Sie sind flexibel genug, um einen eventuell schwächeren Westeuropa-Markt international ausgleichen zu können. Bislang gehen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass die Eurozone um 0,4% wachsen könnte. Allerdings werden auch in diesem Szenario eine Stabilisierung der Finanzmärkte und damit ein Vertrauensschub vorausgesetzt.

Asien bleibt auf Wachstumskurs. Allerdings ist dort die Inflation durchaus spürbar. In China liegt die Teuerungsrate bei knapp 6%, die dortige Regierung muss handeln und tut dies auch. Das Wachstum beider Länder wird daher 2012 etwas geringer ausfallen als bisher – aber immer noch deutlich höher sein als das der Industriestaaten: Der Absatz auf dem chinesischen Pkw-Markt wird 2012 um 8% auf 13,2 Mio. Einheiten steigen, für Indien erwarten wir ein Plus von 10% auf gut 2,9 Mio. Neufahrzeuge.

Beide Länder gemeinsam stellen damit bereits knapp ein Viertel des Pkw-Weltmarktes dar.

Der US-Markt für Light Vehicles legte 2011 um 10% auf 12,7 Mio. Einheiten zu. Für 2012 erwarten wir ein Plus von 5% auf 13,4 Mio. Einheiten. Wir gehen davon aus, dass sich im US-Wahljahr 2012 die zu erwartende Bestandserneuerung bei Light Vehicles, die Markteinführung zahlreicher neuer Modelle, die Stabilisierung der Benzinpreise sowie niedrige Finanzierungsraten zudem positiv auf die US-Nachfrage auswirken werden.

Deutsche Automobilindustrie global gut aufgestellt

Es zeichnet die deutsche Automobilindustrie gegenüber vielen Wettbewerbern aus, dass sie global breit aufgestellt ist. So können potenzielle Nachfragerückgänge in einzelnen Regionen durch andere Wachstumsregionen aufgefangen werden. Der hohe Premiumanteil der deutschen Hersteller wappnet sie überdies gegen mögliche Schwankungen im Volumenmarkt. Daher gehen wir davon aus, dass 2012 das hohe Exportniveau von 2011 gehalten werden kann.

Weiter zunehmen wird 2012 die Auslandsproduktion deutscher Hersteller. Neue Werke wurden eröffnet, die Kapazitäten ausgebaut. Außerhalb Deutschlands ist China der bedeutendste Produktionsstandort deutscher Hersteller. Dort läuft inzwischen mehr als ein Viertel aller im Ausland gefertigten Fahrzeuge deutscher Konzernmarken vom

Band, in diesem Jahr sind das rund 1,8 Mio. Einheiten. In Brasilien und Spanien produzierten deutsche Hersteller 2011 jeweils rund 750 000 Pkw.

Zusammenfassung

Wenn die Politik den Finanzmarkt in den Griff bekommt und damit das Vertrauen der Konsumenten stärkt, wird es ein Autojahr mit Potenzial. Trotz Unsicherheiten in manchen Ländern – die weltweite Nachfrage nach Autos steigt weiter. Und die deutschen Unternehmen sind so flexibel, dass sie mit ihrer Fertigung „atmen“ können. Damit lassen sich eventuelle Nachfragerückgänge in einzelnen Märkten ausgleichen. Klar ist aber auch: 2012 wird kein Spaziergang, sondern ein hartes Arbeitsjahr.

Wir gehen mit realistischem Optimismus in das kommende Jahr. Unsere Unternehmen bringen spannende und sehr verbrauchseffiziente neue Modelle auf den Markt. Sie bauen ihre internationale Präsenz weiter aus und sichern damit Wachstum und Beschäftigung auch in Deutschland.

Langfristig bleibt die Automobilindustrie eine Wachstumsbranche: Bis 2020 wird der Weltautomobilmarkt nach Ansicht der Experten um 40% auf 90 Mio. Einheiten steigen. Die deutsche Automobilindustrie hat das Ziel, an diesem dynamischen Wachstum auch künftig überproportional teilzunehmen.

Michael Knipper

Die Erwartungen der Bauindustrie für das Jahr 2012

Das deutsche Bauhauptgewerbe kann auf ein gutes Geschäftsjahr 2011 zurückblicken. Die baugewerblichen Umsätze sind so stark gestiegen wie seit 1994 nicht mehr, das Umsatzplus lag nominal bei 9,5% und preisbereinigt immer noch bei beeindruckenden 6,5%. Dieses überraschend gute Baujahr hat dafür gesorgt, dass die Umsatzverluste aus den Krisenjahren 2009 und 2010 mehr als ausgeglichen werden konnten. Real betrachtet hat die Produktion wieder das Vorkrisenniveau von 2008 erreicht.

Dieses starke Wachstum, das mehr als doppelt so hoch lag wie in der Gesamtwirtschaft, ist allerdings auch auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Die milde Witterung zu Jahresbeginn hat Produktion und Umsatz im 1. Quartal

2011 außergewöhnlich stark ansteigen lassen. Der Wohnungsbau profitierte unter anderem von der Neuausrichtung vieler Kapitalanleger, die in Zeiten der Kapitalmarktkrise Wohnimmobilien als „sicheren Hafen“ neu entdeckten. Letztendlich blieb im Vorjahr der erwartete Einbruch im Öffentlichen Bau aus, da die Kommunen die deutlich steigenden Gewerbesteuererinnahmen nutzten, um ihre Investitionstätigkeit auszuweiten.

Folgerichtig war zum Jahreswechsel die Stimmung in der Branche deutlich besser als ein Jahr zuvor. Trotz des außergewöhnlich guten Baujahres war im Dezember 2011 die Zahl der Baufirmen, die für die nächsten sechs Monate eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage erwarteten,

nicht höher als ein Jahr zuvor. Zudem waren die Erwartungen deutlich positiver gestimmt als noch im Oktober und November. Die Bauwirtschaft profitiert als konjunktureller „Nachläufer“ noch von der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 2011.

Ein gutes Jahr war es auch für die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Nach den langen Jahren der Baukrise und einer Stabilisierung der Beschäftigung in den Jahren 2007 bis 2010 gelang es der Branche im vergangenen Jahr, die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um immerhin 2,5% auf 734 000 zu steigern. Gleichzeitig sank die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter und der arbeitslosen Bauingenieure deutlich, so dass immer mehr Unternehmen Lösungen für den bevorstehenden demografisch bedingten Arbeitskräftemangel suchen.

Baujahr 2012: leichtes reales Wachstum scheint möglich

Trotz dieser positiven Bilanz muss auch die Baubranche zur Kenntnis nehmen, dass die gesamtwirtschaftlichen Risiken für das Jahr 2012 in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen haben. Zwar wird derzeit nicht mit einer Rezession gerechnet, die Prognosen für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts liegen allerdings nur bei 0,5%. Auch wenn derzeit noch keine Kreditklemme konstatiert werden kann, ist angesichts der anhaltenden Unsicherheit an den Kapitalmärkten nicht auszuschließen, dass sich das Kreditvergabeverhalten der Banken gegenüber der Realwirtschaft im Jahresverlauf verschärft. Letztendlich drücken die europäische Staatsschuldenkrise und die Sorge um ein Auseinanderbrechen des Euro-Währungsraums weiterhin auf die Stimmung.

Wohnungsbau

Für den Wohnungsbau eröffnen sich 2012 die besten Wachstumsperspektiven. Alle Vorlaufindikatoren zeigen unverändert positive Signale:

- Baugenehmigungen Januar bis Oktober 2011: + 20%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober 2011: + 20%,
- Auftragsbestand Ende September 2011: + 25%.

Zum Jahreswechsel 2011/2012 deutet nichts darauf hin, dass diese Entwicklung kurzfristig abbrechen könnte. Die generell positiven Rahmenbedingungen (reale Einkommenszuwächse, hohes Beschäftigungsniveau, niedriges Zinsniveau) bleiben nach unserer Einschätzung bestehen. Zusätzlich ist damit zu rechnen, dass die anhaltende Unsicherheit auf den Kapitalmärkten auch 2012 Ka-

pital in Wohnimmobilienanlagen lenken wird. Davon wird vor allem der Geschosswohnungsbau (Miet- wie Eigentumswohnungen) profitieren.

Nicht ganz so stark wird der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern expandieren. Dennoch gehen wir für das Gesamtjahr 2012 davon aus, dass die Zahl aller fertiggestellten Wohnungen um gut 13% auf 210 000 Einheiten steigen wird. Allerdings wird damit gerade einmal wieder das Niveau des Jahres 2007 erreicht, von bedarfsdeckenden Zahlen (ca. 250 000 Einheiten) sind wir nach wie vor weit entfernt.

Der Wohnungsbau wird auch 2012 Zugpferd der baukonjunkturellen Entwicklung bleiben. Die nominalen Umsätze dürften (nach + 14% im Vorjahr) im laufenden Jahr nochmals um nominal 6% zulegen.

Wirtschaftsbau

Mit erheblichen Unsicherheiten ist dagegen die Entwicklung im Wirtschaftsbau verbunden. Zwar zeichnen auch in dieser Bausparte die Vorlaufindikatoren ein unerwartet positives Bild:

- Baugenehmigungen Januar bis Oktober 2011: + 19%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober 2011: + 13%,
- Auftragsbestand Ende September 2011: + 9%.

Anders als im Wohnungsbau ist aber in diesem Marktsegment damit zu rechnen, dass potentielle Investoren sehr viel schneller auf konjunkturelle Schwächetendenzen mit dem Einfrieren von Baugenehmigungen oder dem kompletten Abbruch von Investitionsvorhaben reagieren. Im Unterschied zum Krisenjahr 2009 gehen allerdings die meisten Experten davon aus, dass die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auch bei einem konjunkturellen Einbruch nicht auf die Investitionsbremse treten werden.

Schon 2011 hat das Segment der Büroimmobilien vom neu erwachten Interesse der Kapitalanleger an deutschen Immobilien profitiert. Von Januar bis November lag das Genehmigungsvolumen (veranschlagte Baukosten) um 30% höher als ein Jahr zuvor, im Oktober betrug die Wachstumsrate sogar 82%. Zumindest 2012 dürfte diese positive Entwicklung noch anhalten; angesichts relativ hoher Leerstandsdaten in den deutschen Immobilienhochburgen ist allerdings nicht klar, ob sich diese Entwicklung mittelfristig fortsetzen wird.

Für die deutsche Bauindustrie ist es zum Jahresbeginn sehr schwierig, aus diesem uneinheitlichen Bild eine Pro-

gnose für den gesamten Wirtschaftsbau abzuleiten. Wir sehen uns derzeit eher auf der Seite der Optimisten und gehen für dieses Marktsegment 2012 von einem Umsatzzuwachs von nominal 3% aus.

Öffentlicher Bau

Dagegen ist ein Rückgang der Umsätze im Öffentlichen Bau 2012 wohl nicht zu vermeiden. Die beiden staatlichen Konjunkturprogramme haben diese Sparte 2011 noch einmal mit rund 6 Mrd. Euro gestützt. Diese Effekte sind allerdings Ende 2011 endgültig ausgelaufen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sollen zwar nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November des Vorjahres 2012 nochmals um 16 Mrd. Euro zulegen. Mit Blick auf die in der Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse (Bund und Länder) bzw. das immer noch hohe Haushaltsdefizit (Kommunen) ist allerdings damit zu rechnen, dass auf allen Gebietskörperschaftsebenen der Haushaltskonsolidierung der Vorzug gegenüber einer steigenden Investitionstätigkeit gegeben wird. Die Effekte sind bereits 2011 eingetreten:

- Baugenehmigungen Januar bis Oktober 2011: - 19%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober 2011: - 5%,
- Auftragsbestand Ende September 2011: - 8%.

Problematisch ist insbesondere die Lage der Kommunen, auf die nach wie vor etwa 60% der öffentlichen Bauausgaben entfallen. Nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme ist 2012 mit einer stärkeren Investitionszurückhaltung zu rechnen, was vielerorts die bereits desolante Lage der kommunalen Infrastruktur weiter verschärfen dürfte. Dabei gäbe es genug zu tun. Nach Berechnungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau besteht in den Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur ein Investitionsbedarf von 2012 bis 2020 von mindestens 75 Mrd. Euro, weitere 50 Mrd. Euro müssen in Neubauten investiert werden.

Trotz einer relativ stabilen Investitionstätigkeit des Bundes müssen wir aus heutiger Sicht davon ausgehen, dass die Umsätze des Bauhauptgewerbes im Öffentlichen Bau 2012 um nominal 2,5% zurückgehen werden.

Insgesamt bleibt allerdings festzuhalten, dass – vor allem Dank des weiterhin starken Wachstums im Wohnungsbau – die Branche insgesamt 2012 ein nominales Wachstum der Umsätze von 2,5% (real: + 1%) verbuchen kann. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

und vor dem Hintergrund der starken Zunahme im vergangenen Jahr kann dies bereits als Erfolg eingestuft werden.

Unterfinanzierung der Bundesverkehrswege beenden

Im laufenden Jahr plant die Bundesregierung eine Nettokreditaufnahme von 26 Mrd. Euro. Die Schuldenbremse wird den Bundesfinanzminister dazu zwingen, dieses Volumen bis zum Jahr 2016 auf höchstens 9 Mrd. Euro zu drücken. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit steht zu befürchten, dass die Sparanstrengungen einmal mehr zu Lasten der Investitionen gehen werden.

Die chronische Unterfinanzierung der Investitionslinie Verkehr des Bundes bleibt somit bestehen. Trotz der Aufstockung um 500 Mio. Euro stehen im laufenden Jahr lediglich 10,5 Mrd. Euro für Investitionen in die Bundesfernstraßen, die Bundeswasserstraßen und die Eisenbahnen des Bundes zur Verfügung. Selbst Bundesverkehrsminister Ramsauer hält ein Niveau von 14 Mrd. Euro für erforderlich.

Für die deutsche Bauindustrie steht deshalb schon seit längerem fest, dass Investitionen in die Infrastruktur künftig vermehrt vom Bürger direkt über Nutzergebühren finanziert werden müssen. Dies gilt vor allem für die Bundesfernstraßen, deren Finanzierung verstärkt über Straßenbenutzungsgebühren erfolgen muss. Eine Neuausrichtung der Straßenbaufinanzierung von der Haushaltsfinanzierung zur Nutzungsfinanzierung ist unabdingbar.

Mit der Einführung eines eigenen Finanzierungskreislaufs Bundesfernstraße und der Übertragung des Lkw-Gebührenaufkommens auf die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) wurde ein erster Schritt in Richtung neuer Finanzierungsstrukturen getan; weitere müssen noch in dieser Legislaturperiode folgen oder vorbereitet werden:

- Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) über eine dauerhafte Zuleitung sämtlicher Straßenbenutzungsgebühren, verbunden mit der Möglichkeit der Aufnahme von Flexibilitätskrediten.
- Erweiterung der Lkw-Gebühr auf alle Fahrzeuge über 7,5 t Gesamtgewicht und Einführung einer elektronischen Vignette für Pkw und leichte Lkw zu Beginn der nächsten Legislaturperiode.

Gleichzeitig gilt es aber auch, knappe öffentliche Mittel künftig effizienter einzusetzen. Neue Formen der Arbeitsteilung zwischen Staat und privater Wirtschaft, z.B. durch öffentlich-private Partnerschaften oder Partneringmodelle, verdienen eine bessere Chance.

Utz Tillmann

Rekordjahr 2011 – Abschwächung des Chemiegeschäfts 2012

2011 war ein gutes Jahr für die chemische Industrie in Deutschland. Die Zuwächse bei Umsatz und Produktion fielen deutlich höher aus, als man vor einem Jahr noch erwarten konnte. In der zweiten Jahreshälfte führten die Schuldenkrisen in den USA und Europa zwar zur Verunsicherung der Kunden. Die chemische Industrie konnte deshalb das hohe Wachstumstempo des Jahresanfangs nicht halten. Die Aufträge gingen zurück, weil viele Abnehmer angesichts der schwer einschätzbaren Lage ihre Lagerbestände reduzierten. Deshalb sank die Nachfrage nach Chemikalien. Die Chemieunternehmen passten ihre Produktion an. Dennoch stieg die deutsche Chemieproduktion 2011 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 4%.

Bei den chemischen Grundstoffen schwächten sich die rasanten Wachstumsraten aus dem Jahr 2010 zwar deutlich ab. Dennoch lief das Geschäft mit Kunststoffen gut. Die Hersteller von Fein- und Spezialchemikalien profitierten besonders von einer gestiegenen Nachfrage ihrer industriellen Kunden und konnten ihre Produktion kräftig steigern. Und auch im Pharmageschäft ging es aufwärts. Nach einem schwachen Vorjahr verbuchte die Sparte 2011 ein Produktionsplus von 6%.

Der Branchenumsatz legte 9% auf insgesamt 186,5 Mrd. Euro zu. Damit erzielte die Branche einen historischen Rekord. Bei einigen Chemikalien war die Nachfrage zeitweilig so groß, dass die Produktionskapazitäten nicht ausreichten, um den Bedarf der Kunden zu bedienen. Das Geschäft mit Abnehmern im Ausland entwickelte sich dabei etwas dynamischer als im Inland. Die größten Zuwächse kamen im Außenhandel aus Asien und Südamerika. Aber auch die europäischen Nachbarländer orderten verstärkt bei den deutschen Chemieunternehmen.

Steigende Rohstoffkosten zwangen 2011 viele Unternehmen, die Preise für ihre Produkte anzuheben. Im Laufe des Jahres gaben die Rohstoffpreise wieder leicht nach. Bei einer schwächer werdenden Nachfrage kam der Preisauftrieb gegen Jahresende zum Erliegen. Dennoch waren Chemikalien und Pharmazeutika im Durchschnitt 5% teurer als ein Jahr zuvor. Nahezu alle Sparten konnten Preiszuwächse verbuchen. Nur die Preise für Pharmazeutika waren rückläufig.

Die gute Chemiekonjunktur 2011 wirkte sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Unternehmen haben wieder neues Personal eingestellt, nachdem sie in der Wirtschaftskrise frei werdende Stellen zunächst nicht neu be-

setzt hatten. Auch die Sorge um einen sich ausweitenden Fachkräftemangel dürfte die Neueinstellungen beflügelt haben. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche nahm um ca. 2,5% zu. Insgesamt beschäftigte die Chemieindustrie im vergangenen Jahr rund 425 000 Mitarbeiter.

Wegen der raschen Erholung im deutschen Chemiegeschäft – vor allem wegen der hohen Kapazitätsauslastung und der guten Ertragslage – hatten die Unternehmen bereits 2010 ihre Investitionszurückhaltung abgelegt. Dieser Trend setzte sich 2011 fort: Die Chemiebranche investierte im vergangenen Jahr rund 6,4 Mrd. Euro. Das entspricht einem Plus von 10%. Die Forschungsaufwendungen der chemischen Industrie legten ebenso zu. Im Vergleich zu 2010 stockten die Unternehmen ihr Forschungsbudget um rund 6,5% auf gut 8,8 Mrd. Euro auf.

Perspektiven 2012

Unter dem Strich hat die chemische Industrie 2011 ein erfolgreiches Jahr erlebt. Produktion und Umsatz liegen wieder höher als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008. Die Stimmung in der Branche ist daher weiterhin gut. Die aktuelle Geschäftslage wird von den Unternehmen ebenso positiv eingeschätzt wie in den starken Jahren 2006 und 2007. Daran hat auch die Abschwächung im zweiten Halbjahr 2011 nichts geändert.

Allerdings hat das Risiko für einen Konjunkturrückschlag in jüngster Zeit zugenommen. Wegen der ungelösten Staatsschuldenkrise und der daraus resultierenden Verunsicherung von Bürgern und Unternehmen werden für 2012 nur niedrige Zuwächse prognostiziert. Von einer Krisenstimmung in der Branche kann aber keine Rede sein, denn es wird weiter aufwärts gehen – wenn auch langsamer als 2011. Die deutsche Chemieproduktion wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1% zulegen können. Die Erzeugerpreise steigen mit 1% ebenfalls nur noch leicht. Für den Branchenumsatz wird sich ein Zuwachs von rund 2% ergeben.

Seit längerem zeichnete sich ab, dass für 2012 mit einer deutlichen Abschwächung zu rechnen ist. Eine treffsichere Vorhersage für die nächsten zwölf Monate abzugeben, fällt aber immer schwerer. Der Nebel ist dichter, die Sichtweite geringer geworden. Dennoch existieren in der Realwirtschaft keine erkennbaren Anzeichen, die ein Krisenszenario rechtfertigen.

Laut Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung soll das Bruttoinlandsprodukt 2012 in Deutschland um 0,9% steigen. Auch für Europa insgesamt wird ein ähnliches Wachstum prognostiziert. Daran wird die Industrieproduktion entsprechend teilhaben. Rund 80% der Produktion chemischer Erzeugnisse gehen an industrielle Abnehmer, die rund 21% zur Wertschöpfung in Deutschland beisteuert. Wenn diese wichtigste Kundengruppe der Chemie weiter wächst, besteht kein Grund, dass die Chemie nicht in ähnlicher Größenordnung wie das Bruttosozialprodukt zulegen sollte. Aus den Kernbranchen Automobil und Maschinenbau beispielsweise, mit denen die Chemie in der Wertschöpfungskette eng vernetzt ist, kamen gerade in den letzten Monaten erfreuliche Signale. Die Auftragslage in der deutschen Industrie ist nach wie vor zufriedenstellend: Die Nachfrage ist zwar geringer, aber robust. Ein ähnlich positives Bild ergibt sich für die gesamte europäische Industrie.

Stabilisierend auf das Chemiegeschäft wirkt auch, dass der Anteil der Chemie-Exporte in die Wachstumsregionen außerhalb der EU kontinuierlich zulegt. Rund ein Viertel der Ausfuhren der deutschen Chemie gehen heute nach Asien, Lateinamerika oder Osteuropa. Starke Zuwächse erzielt die Branche vor allem im Außenhandel mit China, Indien und Brasilien. Dort wird auch in diesem Jahr die Nachfrage nach chemischen Produkten weiter steigen. Dieser Trend zeigt sich auch für Osteuropa.

Die Entwicklung der Lagerbestände für Chemikalien bei den Kunden spricht ebenfalls gegen eine Rezession 2012. Ein dämpfender Effekt für die Chemiekonjunktur ist aus dem Lagerzyklus nicht zu erwarten: Im dritten Quartal 2011 bestellten viele industrielle Kunden trotz guter Auftragslage weniger Chemikalien und bauten vor dem Hintergrund der EU-Schuldenkrise vorsorglich ihre Lagerbestände für chemische Vorprodukte ab. Inzwischen dürften die Lager einen relativ niedrigen Stand erreicht haben. Die Lagerhaltung bei den Kunden wird jetzt – auch aus Kostengründen – zwar auf Sicht gefahren, aber nicht im Krisenmodus. Chemikalien werden kontinuierlich geordert, aber für kürzere Planungsabschnitte. Darauf haben sich die Unternehmen eingestellt und setzen Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise um: Sie reagieren flexibler als früher auf Schwankungen der Nachfrage, indem sie die Produktion regulieren und so Erträge und Liquidität stabilisieren.

Auch bei den Rohstoffen sind keine negativen Überraschungen zu befürchten. Eine Weltkonjunktur mit niedrigeren Wachstumsraten sorgt tendenziell eher für stabile Preise für den wichtigsten primären Rohstoff der Chemie: Naphtha.

Politische Rahmenbedingungen sorgen für Unsicherheit

Von den realwirtschaftlichen Variablen werden keine Probleme erwartet. Doch die politischen Rahmenbedingungen dürften zumindest in Teilen problematisch sein – vor allem die Energiepolitik und die Folgen der Politikbeschlüsse zur Energiewende werden einen großen Einfluss haben. Aufgrund der staatlichen Eingriffe bei den Energiepreisen ist mit weiter steigenden Kosten zu rechnen. Und das könnte die Konjunktur in diesem Jahr dämpfen und die Erträge der Unternehmen in einer Phase der sich abschwächenden Konjunktur unter Druck setzen. Dieser Unsicherheitsfaktor trifft nicht nur die Chemie, sondern auch alle anderen energieintensiven Industrien in Deutschland.

Der Anstieg der Stromkosten, der durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und den Emissionshandel befördert wird, sorgt für eine erhebliche Verunsicherung der Branche. Die staatlichen Belastungen durch das EEG und die anderen relevanten Energiegesetze wie das Energiesteuergesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz addierten sich 2011 in der chemischen Industrie auf über 1,3 Mrd. Euro. Jede Erhöhung des Strompreises um 1 Cent pro Kilowattstunde kostet die Chemie rund 500 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr. Das entspricht rund 10% der Gewinne der chemischen Grundstoffindustrie. Deshalb müssen die bestehenden Entlastungsregelungen dringend erhalten bleiben. Und Deutschland steht auch der Lackmuestest noch bevor, ob nach dem Abschalten von acht Kernkraftwerken die Versorgungssicherheit mit Grundlaststrom für die Unternehmen über die Wintermonate hinweg lückenlos funktioniert.

Ein erheblicher Risikofaktor für die wirtschaftliche Entwicklung 2012 sind die Schuldenkrisen in den USA und vor allem in der Europäischen Union beziehungsweise dem Euroraum. Sie werden mehr und mehr zu einer Belastung für die Realwirtschaft, wenn es die Politik nicht schafft, die Finanzmärkte von der Wirkung ihrer Maßnahmen zu überzeugen. Der EU-Gipfel Mitte Dezember 2011 bereite zwar den Weg hin zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen in der EU. Kurzfristig lösen die Gipfelbeschlüsse die Probleme der verschuldeten Staaten aber nicht. Die Ratifizierung des jetzt notwendigen neuen EU-Vertrages birgt ebenfalls Unsicherheiten. Wie weit das Vertrauen der Finanzmärkte in das Handeln der Politik zurückgewonnen werden konnte, bleibt also abzuwarten. Sollte sich die Finanzkrise in den Kernstaaten der Eurozone ausweiten und zu einer erneuten Bankenkrise führen, ist mit erheblichen Konsequenzen für die Wirtschaft zu rechnen – auch wenn mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin heute in Deutschland bessere Voraussetzungen für ein Krisenmanagement bestehen als zu Zeiten der Lehman-Pleite.

Klaus Mittelbach

Elektroindustrie: Mit Wachstumserwartungen ins Jahr 2012

Die äußerst kräftige Erholung der deutschen Elektroindustrie aus dem Jahr 2010 hat sich 2011 dynamisch fortgesetzt. Für 2012 rechnet der ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie e.V. ebenfalls mit Wachstum. Dessen Tempo dürfte sich gegenüber den beiden vorangegangenen Jahren allerdings deutlich verlangsamen. Mit ihren zentralen Technologien bleibt die Branche ein Stabilitätsanker in der deutschen Wirtschaft insgesamt.

Die deutsche Elektroindustrie verfügt über ein breit diversifiziertes sowie dynamisches und innovatives Portfolio. Fast vier Fünftel der hergestellten Produkte und Systeme entfallen auf Investitionsgüter, 12% auf Vorleistungsgüter und 10% auf Gebrauchsgüter. Schneller als andere setzt die Branche Ideen in marktreife Produkte um. Acht von zehn Elektrounternehmen warten regelmäßig mit Produkt- oder Prozessinnovationen auf. 40 Cent von jedem umgesetzten Euro werden mit Produkt- oder Sortimentsneuheiten erlöst. Und jede dritte Innovation innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes erfährt ihren originären Anstoß durch die Elektroindustrie. Grundlage für die Innovationsstärke sind Investitionen sowie Aufwendungen für Forschung & Entwicklung (F&E), die sich 2011 zusammen auf 18 Mrd. Euro bzw. 10% des Umsatzes beliefen.

Entwicklung im abgelaufenen Jahr 2011

In den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres 2011 ist die – um Preiseffekte bereinigte – Produktion der Elektrounternehmen um weitere 15% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Branchenumsatz hat um 8% zugelegt. Für das Gesamtjahr ergeben die Berechnungen des ZVEI ein Produktionswachstum von 14% und einen Anstieg der Erlöse auf 180 Mrd. Euro. Damit sind die Verluste aus der 2009er Finanz- und Wirtschaftskrise inzwischen so gut wie aufgeholt.

Nachdem sich 2010 die Halbleiter sowie die fahrzeugnahen Zweige vergleichsweise am dynamischsten entwickelt hatten, konnten 2011 die klassischen Investitionsgütersektoren die höchsten Zuwächse verbuchen. So sind zwischen Januar und Oktober des letzten Jahres etwa die Umsätze in der Automation um 19%, in der Energietechnik um 16%, in der Installationstechnik um 11% oder in der Medizintechnik um 7% gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Der gesamte Bereich der Investitionsgüter hat sein Vorjahresniveau um 11% übertroffen. Bei den Gebrauchsgütern sind die Erlöse im gleichen Zeitraum um 5% gestiegen.

Was die Ausfuhren anbelangt, so hatte die Elektroindustrie hier das 2008er Level bereits 2010 schon wieder übertroffen. 2011 war sicher ein neues Rekordjahr. In den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres haben die Elektroexporte ihren Vorjahresstand um 8% übertroffen. Für das Gesamtjahr rechnet der ZVEI mit einem Plus von 7% auf dann 161 Mrd. Euro.

Zwei Drittel der Branchenausfuhren gehen nach wie vor nach Europa. Dorthin hat die deutsche Elektroindustrie zwischen Januar und September 2011 6% mehr exportiert als im gleichen Zeitraum 2010. In den Euroraum nahmen die Lieferungen um 4% zu. In die von der Eurokrise betroffenen Südländer erhöhten sie sich sogar um 5%. Die höchsten Zuwachsraten konnten in den ersten neun Monaten des letzten Jahres die Exporte nach China (plus 23% gegenüber dem Vorjahr), in die Gruppe der BRICS-Länder insgesamt (plus 22%) und in die USA (plus 18%) vorweisen. China und die USA haben damit beide Frankreich als wichtigsten Abnehmer deutscher Elektroprodukte abgelöst.

Die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Elektroindustrie lag Ende des dritten Quartals 2011 bei 845 000. Das sind 45 000 mehr als auf dem krisenbedingten Tiefpunkt im April 2010. Die Branche schafft also neue Arbeitsplätze! Die Kapazitätsauslastung der Elektrounternehmen ist im vierten Quartal des vergangenen Jahres leicht von 86% auf 85% zurückgegangen. Damit liegt der Auslastungsgrad noch immer zwei Prozentpunkte höher als im langfristigen Durchschnitt. Der Auftragsbestand befindet sich mit drei Produktionsmonaten ebenfalls oberhalb seines langjährigen Mittels.

Eine Knappheit bei Material- und Rohstoffen hat 2011 zu den vergleichsweise größten Produktionshemmnissen gehört. Vor allem drastische Preissteigerungen bei Seltenen Erden haben die Herstellungskosten vieler Firmen spürbar in die Höhe getrieben. Zudem stellt der Mangel an Ingenieuren und qualifizierten Fachkräften weiterhin eine Herausforderung dar.

Schnittstelle zur Zukunft

Die Auftragseingänge – als „Schnittstelle zur Zukunft“ – haben in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres insgesamt noch einmal um 10% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Dabei haben sich die Inlandsbestellungen mit plus 14% – insbesondere auch aufgrund von Großaufträgen – noch besser entwickelt als die Auslandsbestel-

lungen mit plus 6%. Unverkennbar werden die Bestellzuwächse – wie auch die Zuwächse von Produktion, Umsatz und Exporten – aktuell kleiner. Hier und da sind auch einmal einzelne Monate mit negativen Raten gegenüber dem Vorjahr dabei. Bislang lässt sich dies aber noch mit den auslaufenden Aufholeffekten einerseits sowie einer konjunkturzyklisch bedingten Verlangsamung andererseits erklären. Nach den heftigen Einbrüchen 2009 und der überaus kräftigen Erholung 2010 und im ersten Halbjahr 2011 normalisiert sich die Entwicklung.

Der Kanon der Stimmungsindikatoren weist zwar auf ein weiteres Nachlassen der Dynamik hin. Er signalisiert bisher aber kein abruptes Abreißen des Aufschwungs wie nach der Lehman-Brothers-Pleite. Neun von zehn Elektrounternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage immer noch als gut oder stabil. Vier von fünf Firmen rechnen mit gleich bleibenden bis weiter steigenden Ausfuhrgeschäften im nächsten Vierteljahr. Und das Geschäftsklima in der Elektroindustrie – als Mittel aus aktueller Lagebeurteilung und den Erwartungen für die kommenden sechs Monate – befindet sich weiterhin im positiven Bereich.

Der Blick nach vorne unterliegt – wieder einmal – größten Unsicherheiten. Zudem ist die weitere konjunkturelle Entwicklung abhängig von politischen Entscheidungen wie nie. Die Volatilität an den Märkten wird immer höher, und die Flexibilitätsanforderungen an die Firmen nehmen weiter zu. Die globalen Wachstumsaussichten werden derzeit nach unten revidiert. Die weltweit notwendigen Haushaltskürzungen zum Schuldenabbau wirken zusätzlich restriktiv. Die Energie- und Rohstoffpreise sind weiter hoch und belasten die Gewinn- und Verlustrechnungen der Unternehmen. Die Banken müssen ihre Eigenkapitalquoten erhöhen und fahren ihre Bilanzsummen – und damit auch ihre Kreditvergabespielräume – zurück.

Die mit Abstand größte Herausforderung stellt die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise dar. Hier muss es den Regierungen bald gelingen, Glaubwürdigkeit und Vertrauen nachhaltig zurückzugewinnen. Die Tragfähigkeit der Staatsschulden und die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit müssen wieder hergestellt werden.

Elektroindustrie in treibender Rolle

Unter der Voraussetzung, dass es der Politik endlich gelingt, die Euro-Schuldenkrise dauerhaft in den Griff zu bekommen, erwartet der ZVEI auch für das Jahr 2012 einen Anstieg der (preisbereinigten) Produktion der deutschen Elektroindustrie. Mit plus 5% dürfte dieser Anstieg aber wesentlich moderater ausfallen als das Output-Wachstum von 14% im letzten Jahr. Der Branchenumsatz sollte ebenfalls weiter zulegen und Kurs auf die (Rekord-)Marke

von mehr als 185 Mrd. Euro nehmen. In jedem Fall trägt die Elektroindustrie weiter überdurchschnittlich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland bei und übernimmt damit zunehmend eine treibende Rolle.

Unser Ausblick ist auf eine ganze Reihe von Faktoren gestützt. So soll die Weltwirtschaft in diesem Jahr um fast 4% wachsen. Wichtige Abnehmerbranchen stellen auch für 2012 weiteres Wachstum in Aussicht. Die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen in Deutschland sollen ebenfalls weiter zulegen. In einer aktuellen ZVEI-Konjunkturumfrage haben 93% der befragten Firmen angegeben, dass sie 2012 mit weiterem Wachstum rechnen. 53% sogar mit Raten über 5%.

Sowohl betriebswirtschaftlich als auch strukturell ist die deutsche Elektroindustrie sehr gut aufgestellt. Mit einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von fast 40% stehen die Elektrounternehmen um 10 Prozentpunkte besser da als die Firmen im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Die mit den – nach wie vor intakten – globalen Megatrends verbundenen Herausforderungen gehen mit entsprechenden Wachstumsperspektiven für unsere Branche einher. Mehr Klimaschutz, mehr Energie- und Ressourceneffizienz, die Bewerkstelligung der Energiewende, mehr technologische Intelligenz, die Bewältigung des demografischen Wandels, mehr Sicherheit oder mehr Infrastruktur – alles das ist ohne die zentralen Technologien der Elektroindustrie nicht zu haben!

Neue Wege gehen

So wächst die Weltbevölkerung mit hohem Tempo weiter. Bis 2050 wird die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen von heute 7 Mrd. auf schätzungsweise über 9 Mrd. zunehmen. Ein immer größer werdender Anteil der Bevölkerung wird in Städten leben und dabei immer mobiler werden wollen. Der mit dem rasanten Bevölkerungswachstum einhergehende Bedarf an Konsum- und Investitionsgütern, an Infrastruktur oder an Mobilität trifft auf ein endliches, begrenztes Angebot an natürlichen Ressourcen. Entsprechend wird die globale Nachfrage nach energieeffizienten Produkten und Systemen zunehmen. Gerade die Spitzentechnologien der heimischen Elektroindustrie sind unabdingbar, wenn es gelingen soll, den genannten Bedarf klimafreundlich und ressourcenschonend – und damit nachhaltig! – zu bedienen.

Um die Herausforderungen zu bewältigen, müssen vielfach völlig neue Wege beschritten werden. Das gilt vor allem für die Energiepolitik. Hier muss ein Systemwechsel – weg von unserem heutigen eindimensionalen Energiesystem, hin zu einer dezentralen und viel mehr regionalen Struktur der Energieversorgung – her.

Ralph Wiechers

Maschinenbaukonjunktur: Chancen für nochmaligen Zuwachs

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau hat sich 2011 weiter erfolgreich an sein Vorkrisenniveau herangekämpft. Und das, obwohl wichtige Stimmungsindikatoren und auch der Bestelleingang schon vor Jahresfrist eine Verlangsamung des Wachstums signalisierten und die schlechten Nachrichten aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld gar nicht abreißen wollen.

Maschinenproduktion 2011: alte Rekorde in greifbarer Nähe

Aktuell, d.h. gemäß dem statistisch verfügbaren Datenstand vom Oktober 2010, liegt die reale Maschinenproduktion kumuliert um 14,6% über dem Vorjahresniveau. Die im März 2011 vom VDMA von 8% auf 14% hinaufgesetzte Wachstumsprognose der preisbereinigten Maschinenbauproduktion sollte sich mithin erfüllen. Die Exporte stiegen im gleichen Beobachtungszeitraum preisbereinigt um 13,3%, wobei es wieder einmal die sogenannten Emerging Markets insbesondere in Asien waren, die für kräftige Nachfrage und steigende Umsätze sorgten. Die Kapazitätsauslastung lag mit knapp 89% der üblichen Vollauslastung branchendurchschnittlich deutlich über dem langjährigen Mittelwert. Und es wird kräftig eingestellt: Die Zahl der festangestellten Mitarbeiter im Maschinenbau – 947 000 Beschäftigte im Oktober 2011 – entspricht bereits einem Zuwachs von 34 000 Stellen seit Anfang 2011.

Weltwirtschaftliches Umfeld: vielfältige Belastungen

Die positive Bilanz für das nun hinter uns liegende Jahr kann und darf freilich nicht davon ablenken, dass sich die Aussichten für die Weltwirtschaft und damit auch für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau als Ausrüster der Welt mit Investitionsgütern seit dem Sommer 2011 deutlich eingetrübt haben. Die Wirtschaftsforschungsinstitute weisen in ihrem Herbstgutachten allerdings zu Recht darauf hin, dass die wachsenden Konjunktursorgen nicht allein auf die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise zurückzuführen seien. Bereits zu Jahresbeginn 2011 hatten die Vertrauensindikatoren weltweit leicht nachgegeben. Die in Folge der Natur- und Nuklearkatastrophe in Japan unterbrochenen Lieferketten sowie die politischen Unruhen in Nordafrika und in Nahost („Arabellion“) setzten der Euphorie ein vorläufiges Ende. Entscheidend für ein Stocken der kräftigen weltwirtschaftlichen Expansion dürften ferner die sehr kräftigen Anstiege der Energie- und

Rohstoffpreise gewesen sein, welche die überschäumende Nachfrage zahlreicher Schwellenländer begleiteten. In China, Indien, Brasilien und andernorts zogen die für die Geld- und die Finanzpolitik Verantwortlichen angesichts wachsenden Unmuts in der Bevölkerung über galoppierende Preise für Grundnahrungsmittel die Zügel an und dämpften so wirkungsvoll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Als dann im Juli zeitgleich in den USA öffentlichkeitswirksam um die Ausweitung der Obergrenze für öffentliche Schulden gerungen wurde und in der Europäischen Union der Streit um ein neues Hilfspaket für Griechenland sowie eine Reform des Rettungsfonds eskalierte, setzte ein weltweiter Vertrauensschwund ein. Ängste kamen auf, dass zahlreiche Staaten einer wieder aufflammenden Rezession angesichts hoher Schuldenstände und historisch niedriger Zinsen sowohl geld- als auch fiskalpolitisch nichts entgegenhalten könnten. Die Schuldenkrise mündete in einer Vertrauenskrise, weltweit begleitet von einem Einbruch der Aktienkurse, wovon wiederum vor allem solche Banken betroffen waren, die in großem Umfang Schuldtitel der besonders betroffenen Staaten halten. Mit der Rücknahme der Prognosen für die sogenannte Realwirtschaft schloss sich der Kreis.

Staatsschulden- und Eurokrise: realwirtschaftliche Folgen unvermeidbar

In einem solchen Umfeld eine Aussage zur weiteren Entwicklung der Maschinenbaukonjunktur zu machen, ist denkbar schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Um sich nicht im Spekulativen zu verheddern, bietet es sich an, zunächst ein grundsätzliches, auf absehbaren Entwicklungen fundiertes Basisszenario zu zeichnen und dieses dann um Risiken, aber auch Chancen zu ergänzen.

Grundsätzlich ist abzusehen, dass es der deutsche Maschinenbau 2012 mit von Monat zu Monat niedrigeren Wachstumsraten zu tun haben wird, wie sie für eine auslaufende Investitionsgüterkonjunktur durchaus üblich sind. Maschinenorders, -umsätze und -exporte schrieben im Vorjahresvergleich zwar bis zuletzt regelmäßig teils ansehnliche Wachstumsraten. Der Auftragsbestand reicht im Durchschnitt der Branche für fast ein halbes Jahr Produktion. Beim Auftragseingang ist jedoch im Kurvenverlauf der Dynamikverlust deutlich erkennbar, und zwar sowohl im Inland als auch im Ausland. Minusraten im Vorjahresvergleich sind in den kommenden Monaten schon allein wegen des hohen Vorjahresniveaus sehr

wahrscheinlich, wenn nicht gar unvermeidlich. Das wird sich zeitversetzt und mit der üblichen Weichzeichnung auf Produktion und Umsatz auswirken. Die Kurve der Maschinenproduktion dürfte folglich schon bald ihren Höhepunkt erreichen.

Wie es dann weitergeht – Übergang zu einer weichen oder harten Landung? – hängt sehr maßgeblich von der Entwicklung an den Finanzmärkten und Börsen ab, die wiederum sehr sensibel auf politische Entscheidungen und Weichenstellungen zur Lösung der Staatsschuldenkrisen nicht allein im Euroraum reagieren. Zudem drohen Absatzprobleme in den südeuropäischen Peripheriestaaten wegen mangelnden Zugangs der dort ansässigen Maschinenbaukunden zu langfristigen Investitionskrediten.

Produktionsprognose 2012: konditionierte 4% Zuwachs

So offenkundig die Risiken sind, so unsinnig wäre es, ausschließlich diese zu sehen und schwarz zu malen. Anders als 2008/2009, als aus Furcht vor Versorgungsschwierigkeiten und weiter steigenden Rohstoffpreisen die Läger der Unternehmen gut gefüllt waren, sollte diesmal ein massiver Einbruch aufgrund eines abrupten Bestellrückgangs oder gar von Stornierungen ausbleiben. Am Abbau der Lagerbestände sowie an der Entschärfung der sich im Frühjahr anbahnenden Engpässe insbesondere im Komponentengeschäft lässt sich ablesen, dass die Unternehmen schon auf die sich abkühlende Konjunktur reagiert haben. Zudem lassen wichtige Frühindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex für die Eurozone, die ZEW-Konjunkturerwartungen oder die Erwartungskomponente des ifo-Geschäftsklimas für das Verarbeitende Gewerbe nach einer nun schon ein Jahr andauernden Abwärtsbewegung eine Bodenbildung erkennen. Und schließlich haben viele Schwellenländer, allen voran China, begonnen, der konjunkturellen Abschwächung auf dem heimischen Markt durch eine geldpolitische Lockerung entgegenzuwirken.

Die bereits fortgeschrittene Abkühlung der Weltwirtschaft eröffnet insofern die Möglichkeit, dass die genannten kontraktiven Effekte im Jahresverlauf durch eine wieder expansivere Nachfrage wichtiger Handelspartner vor allem aus den Wachstumsregionen kompensiert werden kann. In einem weniger negativen Umfeld gewinnen zudem die langfristig gesetzten Trends in Weltwirtschaft, Industrie und Gesellschaft wieder an Bedeutung, von denen der deutsche Maschinen- und Anlagenbau dank seiner Anpassungsfähigkeit und Lösungskompetenz bisher immer profitieren konnte. Investitionen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung bleiben weiterhin attraktiv,

und zwar nicht nur in hochentwickelten Volkswirtschaften. Auch die sich industriell entwickelnden, in preisensiblen Segmenten auf den Weltmärkten agierenden Länder sind zunehmend gezwungen, dem wachsenden Lohndruck durch arbeits-, energie- und rohstoffeffizientere Verfahren etwas entgegenzusetzen.

Vorausgesetzt, eine Eskalation der Schulden- und Eurokrise kann verhindert werden, besteht für den Maschinenbau also durchaus die Chance, mit einer ohnehin bereits zyklisch angelegten, im Euroraum durch die Unsicherheit der Marktteilnehmer forcierten Dämpfung der Nachfrage davonzukommen. Im Klartext: Die Produktion im deutschen Maschinen- und Anlagenbau kann 2012 das 2011er Niveau noch einmal übertreffen, und zwar um bis zu 4%. Preisbereinigt läge dann die Produktion nur knapp unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008. Nominal könnte mit einer Produktion von rund 197 Mrd. Euro das Top aus dem Jahr 2008 von 196 Mrd. Euro sogar leicht übertroffen werden.

Wirtschaftspolitische Forderungen: mehr Spielraum für Unternehmertum

Ohne Zweifel ist der Ausgang der Schulden- und Eurokrise der größte Unsicherheitsfaktor im gerade begonnenen Jahr. Die Suche nach einer tragfähigen Lösung mit einem Euro, der vor dem Hintergrund dauerhaft stabiler EU-Mitgliedstaaten seine Rolle als verlässliche Währung weiter spielen kann, weist dabei weit über das rein Ökonomische hinaus. An dieser Frage hängt letztlich die weitere Integration Europas – und auf Dauer das politische Gewicht der Alten Welt.

Die Entwicklung einer Vision, wie – etwa im Rahmen einer Fiskalunion – ein System in sich stabiler EU-Mitglieder aussehen und welche Rolle der Staat als Wirtschaftssubjekt dabei einnehmen soll, ist eine zentrale Aufgabe. Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land in Europa sollte dabei eine klare Führungsrolle übernehmen und mit gutem Beispiel überzeugen. Drei Ansatzpunkte liegen auf der Hand:

- Der erste: Der Staat sollte tendenziell auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden, um seine Finanzierungslast abzubauen und den Privaten mehr Freiraum zu lassen. Weshalb Politiker ein Interesse daran haben, den Aktionsraum des Staates ständig auszuweiten, und weshalb die Bürger vor allem als Wähler dem nichts entgegenzusetzen, hat die Politische Ökonomie hinreichend erklärt. Aber dass es auch anders geht, hat die Haushalts- und Finanzpolitik Ende der 1990er Jahre bewiesen, als das Ziel, die Staatsquote auf 40% des Sozialprodukts zu senken, sogar seinen Weg in

deutsche Partei- und Wahlprogramme fand. Mit Erfolg: Hatte Deutschland noch 2003 eine Staatsquote von 48,5%, konnte diese bis 2007 auf 43,5% gesenkt werden. Und dabei wurden die Konsolidierungsmöglichkeiten keineswegs ausgeschöpft: Stichwort Subventionen! Das zeigt: Beim Rückbau der Staatstätigkeit sind dem politischen Ehrgeiz noch lange keine Grenzen gesetzt. Die Schuldenbremse sollte daher durch eine „Staatsbremse“ im Sinn einer Begrenzung der Staatsquote auf 40% ergänzt werden.

- Der zweite Ansatzpunkt sind deutlich stärker an Nachhaltigkeitsgrundsätzen ausgerichtete Staatsausgaben. Dazu gehört die Weiterentwicklung der öffentlichen Infrastruktur durch entsprechende Investitionen. Der Staat handelt aber nicht erst seit der Krise genau gegenteilig. Seine Nettoinvestitionen waren in den 2000er Jahren negativ. Mangelnde öffentliche Investitionen werden zum Engpassfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. Auf Dauer schwächt das die deutsche Volkswirtschaft und kostet Arbeitsplätze. Die Bruttoinvestitionen des Staates sollten stets mindestens 2% des BIP betragen, denn anders ist Substanzverzehr des staatlichen Vermögens nicht zu vermeiden.
- Dritter Ansatzpunkt ist das Verwaltungshandeln selbst. Effizienz ist kein Privileg unternehmerischen Tuns – so wie Ineffizienz im öffentlichen Sektor nicht gottgegeben ist! Doch je größer eine Organisation, desto mehr kämpft sie mit Problemen der Bürokratisierung und Verkrustung – auch der Staat. Die Erkenntnisse und Erfahrungen, die in der privaten Wirtschaft mit Projekten zur effizienteren Steuerung der Unternehmen gesammelt werden, sind sicher nicht Eins zu Eins auf den Staat übertragbar. Ein wenig frischer Wind in der öffentlichen Verwaltung dürfte jedoch auch dort für deutlich mehr Effizienz sorgen. Daher sollte mindestens 1% der Personalausgaben der öffentlichen Hand künftig für ein systematisches Controlling eingesetzt werden. Allein beim Bund käme dabei jährlich eine Summe in der Größenordnung von 200 Mio. Euro zusammen – genug, um z.B. den Etat des Bundesrechnungshofs zu verdoppeln.

Die Botschaft lautet – zusammengefasst – wie folgt: Die Länder Europas brauchen – jedes für sich – mehr Spielraum für Unternehmertum und einen Staat, der seine Grenzen genauso erkennt wie seine Aufgaben und Möglichkeiten. Nur in einer freiheitlichen und leistungsfreundlichen offenen Gesellschaft lassen sich die Potenziale, über die wir in Deutschland, aber auch in Europa in großem Maße verfügen, und deren Nutzung die Basis für ein dauerhaft hohes Wohlstandsniveau ist, erschließen.

Die Autoren des Zeitgesprächs



Matthias Wissmann ist Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in Berlin.



Michael Knipper ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.



Dr. Utz Tillmann ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) in Frankfurt am Main.



Dr. Klaus Mittelbach ist Vorsitzender der Geschäftsführung des ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. in Frankfurt am Main.



Dr. Ralph Wiechers ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt am Main.